

Über 1.000 internationale Studierende in den USA verloren Visa oder Status

Über 1.000 internationale Studierende in den USA haben aufgrund einer umfassenden Einwanderungsoffensive ihre Visa verloren. Die Gründe bleiben unklar, während Universitäten auf Antworten warten.

Die Trump-Administration hat in diesem Jahr in fast allen Bundesstaaten der USA Hunderte von Studentenvisa widerrufen, was Teil einer umfassenden Einwanderungskampagne ist. Kaum eine Universität hat jedoch eine klare Erklärung für diese Maßnahmen.

Umfang der Visa-Widerrufe

Laut Berichten von Universitäten und deren Vertretern wurden mehr als 1.000 internationale Studierende und Absolventen an über 130 Schulen in den USA die Visa oder Status im Student and Exchange Visitor Information System (SEVIS) entzogen. Hochschulen in 40 Bundesstaaten haben den Widerruf der Visa ihrer Studenten gegenüber CNN bestätigt.

Ungeklärte Gründe für Visa-Statusänderungen

An der Middle Tennessee State University wurden sechs Studierende aus Asien, Europa und dem Nahen Osten von den Visa-Widerrufen betroffen. Der Sprecher der Universität, Jimmy Hart, erklärte: „Die Universität kennt die spezifischen Gründe für die Änderungen des Visa-Status nicht, nur, dass sie im bundesstaatlichen Datenbank verwaltet werden.“ Viele

Universitäten fanden die Visa-Widerrufe durch eigene Kontrollen im System heraus. Nur wenige wissen, warum das Visa oder die SEVIS-Konten ihrer Studierenden beendet wurden.

Identität und rechtliche Schritte der betroffenen Studierenden

Ein Sprecher der University of Oregon, Eric Howald, berichtete, dass „in den letzten Wochen das US-Ministerium für Innere Sicherheit den Visa-Status von vier internationalen Studierenden an der UO basierend auf nicht näher bezeichneten strafrechtlichen Anklagen widerrufen hat. Die Universität wurde im Voraus nicht informiert und hat keine Details zu den strafrechtlichen Vorwürfen erhalten.“ Es ist unklar, ob alle betroffenen Studierenden das Land sofort verlassen müssen oder ob sie weiterhin ihre Ausbildung fortsetzen können.

Gezielte Maßnahmen gegen internationale Studierende

Internationale Studierende, auch an renommierten amerikanischen Universitäten, sind im Rahmen der breiteren Einwanderungspolitik der Trump-Administration ins Visier geraten. Die Fälle variieren von hochkarätigen Vorwürfen, die mit vermeintlicher Unterstützung von Terrororganisationen in Verbindung stehen, bis hin zu weniger gravierenden Vergehen, wie langjährigen Misdemeanors. Offizielle des Bundes haben die Gründe für viele der Visa-Widerrufe jedoch nicht präzisiert. Innenminister Marco Rubio betonte, dass einige Verhaltensweisen, einschließlich der Teilnahme an Protesten, nicht toleriert werden. „Sie sind hier, um zu lernen. Sie sollen keine Aktivistenbewegungen anführen, die unsere Universitäten stören,“ äußerte Rubio.

Klage gegen die Regierung

Während viele Studierende keine klare Antwort vom Weißen

Haus oder dem DHS bezüglich ihrer Statusänderungen erhalten haben, wurde eine neue Bundesklage gegen die Trump-Administration eingereicht, um die Widerrufe von Studentenvisa zu stoppen und die bereits zurückgezogenen Visa wiederherzustellen. Die Klage, die beim US-Bezirksgericht für Nordgeorgien in Atlanta eingereicht wurde, betrifft derzeit 133 ausländische Staatsbürger, darunter Studierende aus Indien, China, Kolumbien, Mexiko und Japan. Die betroffenen Studierenden werden in der Klage nicht namentlich genannt, sondern nur durch „Pseudonyme aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen der Beklagten.“

Rechtliche Vorwürfe und deren Folgen

Die Klage behauptet, dass ICE die rechtlichen Status der Studierenden abrupt und rechtswidrig „widerrufen hat, wodurch sie ihrer Fähigkeit beraubt werden, ihre Studien fortzusetzen und eine Anstellung in den USA aufrechtzuerhalten und das Risiko von Verhaftungen, Inhaftierungen und Abschiebungen besteht.“ Das Weiße Haus und das DHS haben nicht auf die Anfrage von CNN um einen Kommentar reagiert. Laut der Klage wurden die Status dieser Studierenden durch die Löschung aus der SEVIS-Datenbank beendet, die vom Department of Homeland Security verwendet wird, um Informationen über internationale Studierende und deren Status im Land zu verwalten.

Marco Rubio betonte erneut, dass der Verbleib in den USA an die Einhaltung bestimmter Verhaltensregeln gebunden ist. „Es ist Wahnsinn, das weiterhin zuzulassen,“ sagte er. Im März wurde gemeldet, dass über 300 Visa, hauptsächlich Studentenvisa und einige Besuchervisa, widerrufen wurden. Diese Politik hat zu einigen der bekanntesten Abschiebungsfälle von ausländischen Staatsangehörigen geführt, die der Unterstützung von Terrororganisationen beschuldigt werden.

Diese Entwicklungen werfen Fragen über den zukünftigen Status und die Chancen internationaler Studenten in den USA auf.

CNNs Rafael Romo, Arriyanna Brookins, Javon Huynh, Jillian Sykes, Julianna Bragg, Maria Aguilar Prieto und Yash Roy haben zu diesem Bericht beigetragen.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at